

Michael Rosecker

Das Jahr 1945

**Österreich
zwischen
Aufbruch
und
Verdrängung**

Wir danken herzlich für die Kooperation:

 Bundesministerium
Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport



© Karl-Renner-Museum
Rennergasse 2, 2640 Gloggnitz, im März 2025
rennermuseum.at

Umschlaggestaltung: Michael Rosecker
Grafische Gestaltung: Michael Rosecker

Herzlichen Dank an:

Erik Eybl, Christian Hoffmann, Theresa Payer, Michael
Wilczek, Thomas Zottl (Glaserei) und den Verein für
Geschichte der Arbeiter:innenbewegung

Die Republik Österreich ist ein Produkt des Krieges. Zunächst entstand sie als Folge des Ersten Weltkriegs. Aus Chaos, Elend und Zerstörung heraus gelang es, eine neue Struktur, einen gangbaren Weg des weitgehend friedlichen Übergangs zu schaffen. Karl Renner wurde zum planenden Kopf und zur strukturierenden Hand der Republikgründung. Massenhafte Kriegstraumata und Verlusterlebnisse standen großen Hoffnungen und Ideen gegenüber; manchmal schienen sowohl die Hoffnungen als auch die Ideen – und die Menschen, die sie hegten – zu „groß“ für das nun kleine Land. Auf dem Aufbauwerk der Demokratisierung und Ermächtigung breiter Bevölkerungsschichten lagen zu viele Hypothesen, und es hatte zu viele Feinde. Auch waren die Voraussetzungen nicht die besten.

Schließlich gelang es nicht, ein kompromiss- und tragfähiges Bild der gemeinsamen Zukunft Österreichs zu entwickeln, da man das „Gemeinsame“ kaum fand. Wer oder was man war, konnte ebenfalls nicht eindeutig und mehrheitsfähig beantwortet werden. Die erste demokratische Republik scheiterte und wurde im Februar 1934 von der Regierung Engelbert Dollfuß' im Schatten der „Machtergreifung“ Adolf Hitlers in Deutschland endgültig zerstört. Schließlich verschwand der Staat Österreich im März 1938. Unter viel Zutun – und auch Jubel – seiner Bewohner:innen ging er im NS-Staat unter. Der Traum von neuer Größe im „Dritten Reich“ erwies sich bald als gewaltbeladener, unmenschlicher Albtraum. Viele Österreicher:innen irrten und luden historische Verantwortung auf sich, andere beteiligten sich an den schwer fassbaren Verbrechen des Nationalsozialismus und machten sich schuldig.

Im Jahr 1945 befreiten die Alliierten das Land vom Nationalsozialismus. Mutige Männer und Frauen hatten im individuellen oder organisierten österreichischen Widerstand ehrenvoll mit ihrem Leben den höchsten Beitrag dazu geleistet. Dennoch wäre das Befreiungswerk aus eigener Kraft nie gelungen: Zu sehr hatte das NS-Regime breiten Rückhalt genossen, zu sehr hatte die unermessliche Gewaltbereitschaft der Nazis Gegner:innen eingeschüchtert, und zu sehr hatten die Verheerungen des Faschismus und des Krieges in den Menschen ihre Spuren hinterlassen.

Dennoch ist es ab April 1945 bis zur Nationalratswahl im November gelungen, ein Fundament zu schaffen, das eine erfolgreiche Wiedererrichtung der demokratischen Republik ermöglichte. Dazu haben viele – aber erneut maßgeblich Karl Renner – beigetragen. Momente, in denen es hätte scheitern können, gab es genug. Es ist auch zu betonen: Die Erlebnisse der Zwischenkriegszeit, Feindschaft und Misstrauen waren nicht einfach verschwunden. Umso bemerkenswerter ist es, dass es gelang, mit mehr Zuversicht für die Zukunft ans Werk zu gehen als 1918. Um sich von der konflikt- und gewaltbeladenen Ersten Republik abzuheben, wurde ein demokratischer Grundkonsens und eine breite Kooperation der beiden großen politischen Lager – SPÖ und ÖVP – geschlossen. Kompromiss und Bereitschaft zur Zusammenarbeit bildeten in den staatlichen Institutionen und der politischen Praxis zentrale Säulen. Der Preis war hoch: Die Ausblendung der NS-Verbrechen im Allgemeinen und der Shoah im Besonderen lasten schwer auf der Gründung der Zweiten Republik. Die Erfolgsgeschichte und die handelnden Personen, denen dies gelang, begleitet ein historischer Schatten.

Man soll die Mängel der Zweiten Republik jedoch nicht mit ihrem Scheitern verwechseln. Darum will diese Ausstellung die Rahmenbedingungen des Jahres 1945 vorstellen; ebenso genutzte und vergebene Chancen und politische Fehler beschreiben. Auch bei Karl Renner sollen die Verdienste und die belastenden Entscheidungen benannt sein. Dennoch, die Frage, was Politik in Krisen tun muss, soll und darf, stellte sich damals auf radikale Weise. Die Ausstellung will das Jubiläum nutzen, um dieses entscheidende Jahr Revue passieren zu lassen. Denn es kann sein, dass uns Heutigen die lebensnotwendigen Fragen, mit denen die handelnden Personen damals ringen mussten, ihre Irrungen, menschlichen Schwächen und historischen Fehler mehr zu sagen haben, als uns lieb ist.

Der zerstörte Wasserturm in Wiener Neustadt, 1945.
Stadtarchiv Wiener Neustadt



Der Zweite Weltkrieg tobte seit September 1939. In dessen Endphase befand sich NS-Deutschland in einer apokalyptischen Spirale der Gewalt. Der im Jahr 1943 von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels (1897–1945) proklamierte „totale Krieg“² eskalierte die Brutalität ins Unermessliche und traf schließlich auch den Urheber, das nationalsozialistische Regime, selbst. Der II. Weltkrieg eröffnete neue Dimensionen der Zerstörung und Grausamkeit menschlicher Konflikte. Weltweit starben rund 70 Millionen Menschen. Grenzenlose kriegerische Gewalt, Kriegsverbrechen und millionenfacher Völkermord kennzeichneten den Krieg. Alle Ressourcen, die den Konfliktparteien zur Verfügung standen – Menschen, Rohstoffe und Technik – wurden mobilisiert, um den Gegner zu bezwingen. Im Inneren des „Dritten Reichs“ herrschte bis zu dessen endgültigem Untergang ein Klima von Terror und Angst. Am 8. Mai 1945 endete mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Europa der Weltkrieg. Im Pazifikraum dauerte er bis zum 2. September 1945 an und endete erst nach den verheerenden Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki durch die USA. Innerhalb von vier Monaten waren 200.000 Todesopfer die Folge. Das japanische Kaiserreich, das selbst mit seinem imperialistischen Expansionsstreben zur Entfachung des „Weltenbrands“ beigetragen hatte, kapitulierte.

Auf österreichischem Territorium waren die Kriegsfolgen katastrophal. 1945 waren die Verwaltung und die öffentliche Versorgung zusammengebrochen. Weite Teile der wirtschaftlichen Infrastruktur waren zerstört, was noch intakt war, stand still. Seit dem ersten Angriff auf den Rüstungsstandort Wiener Neustadt im August 1943 war Österreich selbst unmittelbar zum Kriegsschauplatz geworden. Primäres Ziel des alliierten Bombenkriegs war die Zerstörung der NS-Flugzeugindustrie. Für Wiener Neustadt bedeutete dies 9 schwere Bombenangriffe auf die Flugzeugwerke und den Flugpark. Der Bahnhof wurde 12-mal attackiert. Nach Tokio, Hiroshima, Nagasaki, Dresden, Düren, Paderborn und Coventry erlitt die Stadt die schwersten Zerstörungen im Luftkrieg.³

Auf österreichischem Gebiet konnte das mörderische NS-System bis zuletzt in Gang gehalten werden, wie zahlreiche Endphasenverbrechen vor allem durch militärische Einheiten zeigen: ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter:innen, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge wurden in „Todesmärschen“ durch das Land getrieben und ermordet, Widerstandskämpfer:innen und Deserteure wurden in letzter Minute denunziert und willkürliche Todesurteile durch Standgerichte vollstreckt.

Am 29. März 1945 erreichte die Rote Armee als erste alliierte Streitmacht österreichisches Territorium. Der letzte Akt der Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus begann. Österreich blieb bis zur bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 Kriegsschauplatz. Schließlich fielen 247.000 Österreicher als Soldaten in der deutschen Wehrmacht und 490.000 gerieten in Kriegsgefangenschaft. Die Zivilbevölkerung zählte 24.000 Opfer durch Bombenangriffe und Kriegshandlungen.

¹ Richard Overy, Weltenbrand. Der große imperiale Krieg, 1931–1945, Berlin, 2023.

² Im Berliner Sportpalast schwor Joseph Goebbels unter tosender Zustimmung die Deutschen 1943 auf den „totalen“ Krieg ein. Vgl. Peter Longerich, Die Sportpalastrede 1943. Goebbels und der „Totale Krieg“, München 2023.

³ Markus Reisner, Bomben auf Wiener Neustadt – Die Zerstörung eines der wichtigsten Rüstungszentren des Deutschen Reiches. 3. überarbeitete Auflage, Berndorf 2014.

BEGRIFFE

Holocaust: Seit den 1970ern ist „Holocaust“ eine weltweit gebräuchliche Bezeichnung für den Mord an den europäischen Juden und Jüdinnen durch NS-Deutschland. Der Begriff stammt vom griechischen „holocauston“ ab, das „Brandopfer“ bedeutet. Im deutschsprachigen Raum etablierte sich der Begriff 1979 nach der Ausstrahlung der gleichnamigen TV-Serie. Viele jüdische Überlebende lehnen ihn ab, da die Massenvernichtung kein religiöses Ritual, sondern ein systematischer Mord war. Sie verwenden stattdessen „Shoah“.

Shoah: Aufgrund der Diskussionen über die Bedeutung des Begriffs „Holocaust“ für jüdische Überlebende begann sich gegen Ende der 1970er-Jahre das Wort „Shoah“ durchzusetzen. Es kommt aus dem Hebräischen und heißt „Katastrophe“. Generell bezeichnet Shoah die ideologisch vorbereitete und industriell durchgeführte Vernichtung von sechs Millionen Juden und Jüdinnen während der Zeit des Nationalsozialismus.

Porajmos: Das Romanes-Wort bedeutet „das Verschlingen“. Es bezeichnet den Völkermord an den europäischen Roma und Romnja, Sinti und Sintize durch den Nationalsozialismus. Er bildet einen negativen Zenit der langen Geschichte von Ausgrenzung und Verfolgung.

Euthanasie: Das Wort stammt aus dem Altgriechischen euthánatos und bedeutet so viel wie „gutes Sterben“. Es diente der Verschleierung der systematischen Ermordung von Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen durch den Nationalsozialismus. Damit sollten „Ballastexistenzen“ beseitigt werden. Die Opfer wurden in speziellen Anstalten meist durch Gas getötet. Die 1939 begonnene „Aktion T4“ wurde offiziell 1941 beendet. Die „wilde Euthanasie“ lief jedoch bis Kriegsende weiter. Etwa 200.000 Menschen fielen ihr zum Opfer.

↑ Ein Wahlplakat der KPÖ thematisierte 1945 die NS-Verbrechen. *Quelle: Erik Eybl*

→ Die „Todesstiege“ im KZ Mauthausen in Oberösterreich wurde zum Symbol für den Terror der Zwangsarbeit. *Quelle: Wikimedia Commons*



„AUSROTTUNG“⁴

Die Opfer von Verfolgung und Vernichtung



Der hebräische Begriff Shoah bedeutet „Katastrophe“. Damit wird die industriell durchgeführte Vernichtung des europäischen Judentums während der Zeit des Nationalsozialismus beschrieben. Der Antisemitismus hatte als Sammelbegriff für alle Formen von Judenfeindschaft und -hass eine lange Tradition. Er war tief in den europäischen Gesellschaften, insbesondere in Österreich, verankert. Die NS-Ideologie radikalisierte ihn und rückte ihn ins Zentrum ihrer Politik. Biologistische „Rassen“-Vorstellungen verbanden sich mit imperialistischen Kriegszielen des „neuen Lebensraums“ und ökonomischen Interessen der Kriegswirtschaft. Die Etablierung des Polizeistaates und des KZ-Systems bildete die Grundlage für die politische, rassistische, religiöse und eugenische Verfolgung und Vernichtung von deklarierten Gegner:innen und Minderheiten. Dazu gehörte auch die Zwangsarbeit zur Totalmobilisierung der Wirtschaft und zur „Ausrottung“ Verfolgter.

Davon betroffen waren nicht nur Jüdinnen und Juden, sondern auch Roma und Romnja, Sinti und Sintize, Homosexuelle, Menschen mit Behinderung, Andersdenkende, Jehovas Zeugen und Kriegsgefangene. Auf der „Wannsee-Konferenz“ im Jänner 1942 legte sich die NS-Führung auf die „kommende Endlösung der Judenfrage“ fest. Deportationen „nach dem Osten“, Ghettoisierung und Zwangsarbeit dienten als Vorstufe zur geplanten physischen Vernichtung. Der Shoah fielen bis 1945 sechs Millionen Jüdinnen und Juden zum Opfer, davon 70.000 Ermordete und 120.000 Vertriebene aus Österreich.

Auch die österreichischen Roma und Romnja, Sinti und Sintize waren Ziel der Vernichtungspolitik: Rund 10.000 wurden ermordet. Die „NS-Euthanasie“ hingegen kostete etwa 30.000 Menschen mit körperlichen oder psychischen Erkrankungen oder Behinderungen das Leben. Hinzu kamen 20.000 Opfer von medizinischen Experimenten und Zwangssterilisationen. Der politische Widerstand in Österreich wurde brutal verfolgt: Rund 8.000 Menschen, darunter Aktivist:innen der KPÖ und der Sozialdemokratie, Gewerkschafter:innen, Monarchist:innen, Katholik:innen und Partisan:innen, wurden hingerichtet oder in Konzentrationslagern ermordet.

Der Lagerkomplex Mauthausen war der zentrale Ort politischer, sozialer und rassistischer Verfolgung durch das NS-Regime auf österreichischem Territorium; er ist bis heute ein zentrales Symbol für die NS-Verbrechen in Österreich. Dieser umfasste neben den Konzentrationslagern in Mauthausen und Gusen von 1938 bis 1945 46 Außenlager. Von 190.000 hier inhaftierten Personen wurden 90.000 getötet. Am 5. Mai 1945 traf ein Spähtrupp der US-Armee in Gusen und Mauthausen ein. Tags darauf wurden etwa 40.000 Gefangene dieser Lager befreit.

Das Ausblenden und Beschweigen der Shoah in Politik und Gesellschaft diente der Schuldabwehr der österreichischen Mittäter:innenschaft, spiegelte den anhaltenden Antisemitismus sowie die Verweigerung von Wiedergutmachung und Restitution wider. Umfragen, die von der US-Besatzungsmacht zwischen 1947 und 1949 in den städtischen Zentren ihrer Zone Wien, Linz und Salzburg durchgeführt wurden, offenbarten die Konservierung antisemitischer und rassistischer Tendenzen in der österreichischen Öffentlichkeit über die nationalsozialistische Zeit hinaus.

⁴ Am am 30. Januar 1939 sprach Adolf Hitler (1889–1945) erstmals in einer Reichstagsrede öffentlich von der „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“. Goebbels „versprach“ sich bei seiner Sportpalast-Rede bewusst und verwendete den Begriff „Ausrottung“, um diesen dann in „Ausschaltung“ abzumildern. Vgl. Longerich, Die Sportpalastrede 1943.

Staatskanzler Karl Renner auf der Rampe des österreichischen Parlaments am 29. April 1945. Es war der Tag der konstituierenden Sitzung der provisorischen Regierung. *Quelle: Karl-Renner-Museum*



DAS „ERSCHEINEN“

Karl Renner und die Ostertage 1945



Am 1. April 1945, am Ostersonntag, rückten sowjetische Vorauskommandos in Gloggnitz ein und besetzten den Bahnhof, um die Südbahn zu kontrollieren. Gleichzeitig residierte unweit davon die faschistische ungarische Exilregierung im Grandhotel Panhans auf dem Semmering und nur 30 Kilometer entfernt verübten Nazi-Schergen in Schwarzau im Gebirge unzählige Endphasenverbrechen. Krieg und Frieden, Terror und Befreiung lagen nah beisammen. Laut Telegramm des Oberbefehlshabers der 3. Ukrainischen Front, Fjodor Iwanowitsch Tolbuchin (1894–1949), an „den Genossen Stalin“ vom 4. April „erschien“¹ im Stab der 103. Garde-Schützendivision in Gloggnitz am Vortag Karl Renner. Dieser habe sich angeboten, „bei der Herstellung der demokratischen Ordnung“ mitzuwirken. Josef Stalin (1878–1953) ließ antworten, Renner sei „Vertrauen zu erweisen“ und ihm zu versichern, dass die sowjetischen Streitkräfte nicht als Besatzer, sondern als Befreier von den „Faschisten-Okkupanten“ gekommen seien.

Mit Karl Renners Erscheinen änderten sich die sowjetischen Pläne für das Nachkriegsösterreich. Stalin sah in ihm ein ideales Werkzeug für seine politischen Ziele: die rasche Übertragung der Verwaltung der befreiten/besetzten Gebiete auf örtliche Repräsentanten und die Etablierung demokratischer Strukturen. Die sowjetische Führung wollte Deutschland territorial schwächen. Fantasien einer neuen Mitteleuropaföderation des Kaisersohnes Otto von Habsburg (1912–2011) und britische Pläne eines neuen katholisch-süddeutschen Staates galt es zu verhindern. Daher forcierte Stalin den Plan, Österreich als Kleinstaat wieder zu errichten. Alle antifaschistischen Kräfte sollten in einer nationalen Volksfront-Regierung zusammengefasst werden, in der sich zusehends die KPÖ als bestimmende Kraft etablieren sollte. Karl Renner schien dafür der ideale Kandidat zu sein. Er war sehr bekannt, ein Symbol von Kontinuität und als Sozialdemokrat des pragmatischen Flügels ein positives Signal an die West-Alliierten.

Am 7. April 1945 wurde Renner von Marschall Tolbuchin das Schloss Eichbüchl als Arbeitsplatz zugewiesen, wo er die Chance nutzte und schnell Pläne entwarf, wie die demokratische Republik wieder errichtet werden könnte. Schließlich schrieb er am 15. April Marschall Stalin mit der Anrede „Sehr geehrter Genosse“ einen schmeichelnden Brief. Darin dankte er ihm und der Roten Armee „ergebenst“, dass diese ihm „die volle Handlungsfähigkeit“ zurückgaben, die er seit Februar 1934 nicht mehr hatte. Dann kam er zum Punkt: „Ein zweites Vorteil ist, daß ich als erster Kanzler der Republik Österreich mit den Modalitäten einer Staatsgründung wie mit der Einrichtung einer öffentlichen Verwaltung vertraut bin und mir daher zutrauen kann, das Werk der Wiedererweckung Österreichs aufzugreifen und anzubahnen.“ Bereits zwei Tage später erhielt er von der sowjetischen Besatzungsmacht das Angebot, eine Konzentrationsregierung mit allen demokratischen antifaschistischen Parteien zu bilden – der Brief hatte maßgeblich seinen Anteil daran. Renner war es gelungen, dass die Sowjets glauben konnten, sich ihrer Sache sicher sein zu können. Der potenzielle Staatskanzler nahm das Angebot an, hat er doch bereits zuvor agiert, als wäre er Regierungschef. Hätte er sich durch einen historischen Zufall im amerikanischen Sektor gemeldet und seine Dienste angeboten, wäre er kaum in die Situation gekommen, ein zweites Mal federführend die demokratische Republik zu errichten. Die US-Besatzung hätte keine rasche Etablierung einer österreichischen Regierung zugelassen.

¹ Chiffretelegramm des Oberbefehlshabers der Truppen der 3. Ukrainischen Front, F. I. Tolbuchin, und des Mitglieds des Militärrates der Front, A. S. Zeltov, an I. V. Stalin über das Treffen des Kommandos der 9. Garde-Armee mit K. Renner.

RENNER UND 1945

1945 war Karl Renner im 75. Lebensjahr. Auf ihn fiel der Schatten seines „Ja“-Aufrufs zum „Anschluss“ an NS-Deutschland vom 3. April 1938. Die Motive sind nicht eindeutig zu klären, die Sorge um seinen noch in Österreich befindlichen jüdischen Schwiegersohn Hans Deutsch-Renner (1878–1953) mag sicherlich eine Rolle gespielt haben. Die Sowjets sahen darin ein politisches Druckmittel. Das Interview im *Neuen Wiener Tagblatt* war 1945 noch bekannt. Karl Renner antwortete am 19. April 1945 vom ÖVP-Gründer Leopold Kunschak (1871–1953), der sich nach 1945 immer wieder für seinen ideologischen Antisemitismus rechtfertigen musste, scharf auf sein „Ja“ angesprochen: „Dass er diesen Fehler nun abarbeiten möchte.“¹ Im November 1945 griff die ÖVP das Thema auf einem Plakat im Nationalratswahlkampf auf.

Karl Renners Regierungspolitik 1945 war geprägt von den Notwendigkeit, einen stabilen Rahmen für die Konstituierung der demokratischen Republik zu schaffen. Sein Regierungshandeln musste für Renner Zielstrebigkeit und Zweckmäßigkeit verbinden. Er war ein erfahrener Machtpolitiker – entschlossen, pragmatisch, anpassungsfähig. So war seine Politik oft getragen von Pragmatismus, Populismus und auch Opportunismus, im Sinne von allzu bereitwilliger Anpassung an die jeweilige Lage aus Nützlichkeitsabwägungen. Sein Staatsverständnis beruhte auch 1945 auf der Konstruktion des größtmöglichen Kompromisses und der Integration möglichst vieler Interessen im Sinne eines stabilen Gemeinwesens. Sein Ziel: ein Maximum aus den engen Grenzen des Möglichen für Österreich herauszuholen.

Schatten auf Renners historische Leistung des Jahres 1945 werfen jedoch seine Indifferenz gegenüber der Shoah und deren Ausblendung. Damit verbunden waren ein mäßiges Interesse an der Restitution geraubten jüdischen Eigentums und an Wiedergutmachung – beides Grundlagen des „Opfermythos“, grundgelegt auch im Text der österreichischen Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945.

¹ Mitteilung des stv. politischen Beraters beim Oberbefehlshaber der 3. Ukrainischen Front, M. E. Koptelov, 19. April 1945.



↑ Das Fundament der Wiedererrichtung der demokratischen Republik Österreich 1945, die „Deklaration über Österreich“ aus dem Jahr 1943.

Quelle: gemeinfrei

↓ Am 19. August 1945 wurde das sowjetische Ehrenmal auf dem Schwarzenbergplatz von Karl Renner und dem Staatssekretär in der Staatskanzlei Leopold Figl (ÖVP) enthüllt. Quelle: ÖNB



Karl Renner kam am 20. April 1945 mit dem Auftrag zur Regierungsbildung in der Tasche nach Wien. Renner erfüllte seine Aufgabe rasch. Es war seit 1918 seine vierte Regierung. Von nun an trat er selbstbewusst und fordernd auf. In Anlehnung an die Republikgründung von 1918 verwendete er bewusst die Bezeichnungen Staatskanzler und Staatssekretäre. Die Sowjets vertrauten Renner offenbar so sehr, dass sie seine Vorschläge für Regierungsmitglieder weitgehend akzeptierten. Lediglich das Staatsamt für Inneres musste der KPÖ zufallen, was Renner eigentlich vermeiden wollte, um auch die Westmächte für sich zu gewinnen.

Strategisch setzte Renner jedem Staatssekretär je einen Unterstaatssekretär der anderen beiden Parteien zur Seite. Damit sollten vor allem der kommunistische Einfluss begrenzt und das große Misstrauen zwischen ÖVP und SPÖ austariert werden. Die Regierung vereinte Gesetzgebung und Vollziehung in sich. Die Herausforderungen bei der Wiedererrichtung der demokratischen Republik waren 1945 immens: Die Regierung musste eine gesellschaftliche und politische Befriedung des gespaltenen Gemeinwesens herbeiführen, eine existenzielle Versorgungskrise bewältigen und die Schaffung einer demokratischen Ordnung und Verwaltung gewährleisten. Zudem war die Bewahrung der Landeseinheit Österreichs über die Besatzungszonen hinweg sowie das Ziel gesamtösterreichischer Nationalratswahlen von zentraler Bedeutung. Karl Renner Regierungspolitik verfolgte das Ziel, schnell eine österreichische Verwaltung zu reaktivieren, die Verfassung in Kraft zu setzen und Ordnung im Inneren zu garantieren. Mittelfristig ging es ihm um gesamtösterreichische Wahlen, die Begrenzung des kommunistischen Einflusses, Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Stabilität. Um dies zu erreichen, gab er sich zunächst „ostorientiert“ – denn ohne Wohlwollen Stalins wäre keines seiner Ziele erreichbar gewesen. Als die Westalliierten eintrafen, machte er keinen Hehl aus seiner grundsätzlichen Westorientierung.

Um endlich die Anerkennung seiner Regierung durch die westlichen Bundesländer sowie die Westalliierten zu erlangen, griff Karl Renner auf ein Konzept der Gründungsphase der Republik zurück: die „Länderkonferenzen“. 1920 dienten sie der Konsolidierung der Staatsgewalt, der Etablierung der Republik als Bundesstaat und der Ausarbeitung der neuen Bundesverfassung. Ein entscheidender Schritt war die Länderkonferenz im September 1945 in Wien, auf der Karl Gruber (1909–1995) als von den Westalliierten geschätzter ÖVP-Politiker das neu geschaffene Außenamt übernahm. Nach zwei Länderkonferenzen war am 19. Oktober 1945 das Ziel erreicht. Die intensiven Bemühungen führten schließlich zur Anerkennung der Regierung durch die Westmächte am 20. Oktober 1945. Doch bereits seit Juni 1945 verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Renner und der sowjetischen Besatzungsmacht. Der Staatskanzler versuchte zunehmend, seine westorientierte und antikommunistische Politik in Handlungsoptionen umzusetzen. Die KPÖ und die sowjetische Besatzungsmacht kampagnisierten ab Juli 1945 immer wieder offen gegen ihn. Schon Mitte Mai wurde er in einem sowjetischen Lagebericht als „listiger Wolf“¹ bezeichnet – ein Ausdruck des wachsenden Misstrauens.

Karl Renners Regierungsstil war von einer differenzierten Schaukelpolitik geprägt – einem ständigen Balancieren zwischen den widersprüchlichen Interessen der Besatzungsmächte, den Parteien und den Anforderungen der katastrophalen Gesamtlage Österreichs. So schuf sein Lavieren durch die Untiefen des Chaos und Elends des Jahres 1945 die stabile Grundlage für eine ungeteilte Zweite Republik.

¹ Lagebericht der politischen Abteilung des 336. Grenzregiments der Truppen des NKVD „Über die politische Lage Österreichs, nicht nach dem 15. Mai 1945. Das NKVD war das sowjetische Volkskommissariat für innere Angelegenheiten.

Neues Österreich

Preis 10 Pfennig

ORGAN DER
DEMOKRATISCHEN EINIGUNG

Folge 6

Samstag, 28. April 1945

1. Jahrgang

Proklamation

Angesichts der Tatsache, daß der Anschluß des Jahres 1938 nicht wie dies zwischen zwei souveränen Staaten selbstverständlich ist, zur Wahrung aller Interessen durch Verhandlungen von Staat zu Staat vereinbart und durch Staatsverträge abgeschlossen,

sondern durch militärische Bedrohung von außen und den hochverräterischen Terror einer nazifaschistischen Minderheit eingeleitet, einer wehrlosen Staatsleitung abgelöst und abgepreßt,

endlich durch militärische kriegerische Besetzung des Landes dem hilflos gewordenen Volke Österreichs aufzuerzogen worden ist,

angesichts der weiteren Tatsachen,

daß die so vollzogene Annexion des Landes sofort mißbraucht worden ist,

alle zentralen staatlichen Einrichtungen der ehemaligen Bundesrepublik Österreich, seine Ministerien und sonstigen Regierungseinrichtungen zu beseitigen und deren Bestände nach Berlin wegzuführen, so den historisch gewordenen einheitslichen Bestand Österreichs aufzulösen und vollkommen zu zerstören,

Österreichs Hauptstadt Wien, die vielhundertjährige glorreiche Residenzstadt zu einer Provinzstadt zu degradieren,

die Bundesländer aller ihrer geschichtlichen Selbstregierungsrechte zu berauben und zu willkürlichen Verwaltungssprengeln unberufener und dem Volke unverantwortlicher Statthalter zu machen

und darüber hinaus angesichts der Tatsachen,

daß diese politische Annexion Österreichs zur wirtschaftlichen und kulturellen Benachteiligung Wiens und der österreichischen Bundesländer ausgeübt und mißbraucht worden ist,

die Österreichische Nationalbank aufzuheben und ihren Goldschatz nach Berlin zu entführen, alle großen Unternehmen Österreichs reichsdeutschen Firmen einzuverleihen

und so das österreichische Volk aller selbständigen Verfügung über die natürlichen Quellen seines Wohlstandes zu berauben;

daß dieser Mißbrauch endlich dem österreichischen Volk auch seine geliebten und kulturellen Hülsen verloren hat, indem er die unermesslichen Kunst- und Kulturschätze des Landes, welche selbst der harte Friede von Saint-Germain durch ein 20jähriges Verbot vor jeder Veräußerung geschützt hat, der Verschleppung außer Landes preisgegeben hat,

und endlich angesichts der Tatsache,

daß die nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers kraft dieser völligen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Annexion des Landes

das macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs in einen sinn- und zwecklosen Eroberungskrieg geführt hat, den kein Österreicher jemals gewollt hat, jemals voraussehen oder gutzuheißen Instand gesetzt war, zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses hegt hat,

in einen Eroberungskrieg, der von den Eisfeldern des hohen Nordens bis zu den Sandwüsten Afrikas, von der stürmischen Küste des Atlantik bis zu den Felsen des Kaukasus

viele Hunderttausende der Söhne unseres Landes, beinahe die ganze

„Die Regierungen Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika kamen überein, daß Österreich, das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist, von der deutschen Herrschaft befreit werden muß.

Sie betrachteten den Anschluß, der Österreich am 15. März 1938 von Deutschland aufzuerzogen worden ist, als null und nichtig.

Sie gaben ihrem Wunsche Ausdruck, ein freies und wiederhergestelltes Österreich zu sehen und dadurch dem österreichischen Volke selbst, ebenso wie anderen benachbarten Staaten, vor denen ähnliche Probleme stehen werden, die Möglichkeit zu geben, diejenige politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens ist.“

angesichts der angeführten Tatsachen und in Hinblick auf die feierlichen Erklärungen der drei Weltmächte, denen sich inzwischen beinahe alle Regierungen des Abendlandes angeschlossen haben,

erlassen die unterzeichneten Vertreter aller antifaschistischen Parteien Österreichs ausnahmslos die nachstehende

Unabhängigkeitserklärung.

Art. I: Die demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten.

Art. II: Der im Jahre 1938 dem österreichischen Volke aufzuerzogene Anschluß ist null und nichtig.

Art. III: Zur Durchführung dieser Erklärung wird unter Teilnahme aller antifaschistischen Parteigruppierungen eine Provisorische Staatsregierung eingesetzt und vorbehaltlich der Rechte der bestehenden Mächte mit der vollen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt betraut.

Art. IV: Vom Tage der Kundmachung dieser Unabhängigkeitserklärung sind alle von Österreichern dem Deutschen Reich und seiner Führung geleisteten militärischen, dienstlichen oder persönlichen Gefühlsleistungen nichtig und unverbindlich.

Art. V: Von diesem Tage an stehen alle Österreicher wieder im staatsbürgerlichen Pflicht- und Treueverhältnis zur Republik Österreich.

In pflichtgemäßer Erwägung des Nachsatzes der erwähnten Moskauer Konferenz, der lautet:

Jugend- und Manneskraft unseres Volkes, bedenkenlos hingeopfert hat, um zum Schlusse noch unsere heldemütigen Berge als letzte Zuflucht geschiedener Katastrophenpolitiker zu benützen und kriegerischer Zerstörung und Verwüstung preiszugeben,

angesichts dieser Tatsachen und in Hinblick darauf,

daß durch die drei Weltmächte in wiederholten feierlichen Deklarationen,

insbesondere in der Deklaration der Krimkonferenz und in der Konferenz der Außenminister Hull, Eden und Molotow zu Moskau Oktober 1943 festgelegt worden ist,

„Jedoch wird Österreich darauf aufmerksam gemacht, daß es für die Beteiligung am Kriege auf seinen Hitlerschicksal Verantwortung trägt, der es nicht entgehen kann, und daß bei der endgültigen Regelung unvermeidlich sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden wird“.

wird die einzusetzende Staatsregierung ohne Verzögern die Maßregeln ergreifen, um jedes ihr möglichen Beitrag zu seiner Befreiung zu leisten, steht sich jedoch genötigt, festzustellen, daß dieser Beitrag angesichts der Entehrung unseres Volkes und Entglückung unseres Landes zu ihrem Bedauern nur bescheiden sein kann.

Urkund dessen die eigenhändigen Unterschriften der Vorstände der politischen Parteien Österreichs:

Für den Vorstand der österreichischen Sozialdemokratie, namentlich Sozialistische Partei Österreichs (Sozialdemokratie und Revolutionäre Sozialisten):

Dr. Karl Renner m. p.

Dr. Adolf Schärin m. p.

Für den Vorstand der Christlichsozialen Volkspartei bzw. namentlich Österreichische Volkspartei:

Leopold Kunschak m. p.

Für die Kommunistische Partei Österreichs:

J. Kopionig m. p.

Es lebe die Republik Österreich!

Die freie unabhängige demokratische Republik Österreich ist wieder entstanden!

Der 27. April 1945 wird für die Zukunft und die Geschichte Österreichs denkwürdig sein. An diesem Tage hat sich nach siebenjähriger deutscher Fremdherrschaft die Provisorische Regierung der Republik Österreich konstituiert. Der uns aufzuerzogene sogenannte „Anschluß“ an Deutschland wird für null und nichtig erklärt. Österreich ist wieder frei und unabhängig!

Die Wiedergeburt Österreichs ist vor allem der Roten Armee zu danken. Sie hat in unwiderstehlichem Ansturm die deutschen Eroberer aus Wien und einem großen Teil unseres Landes hinausgeworfen. Sie säubert die noch besetzten Gebiete unseres Vaterlandes von der Nazipest. Niemand wird das österreichische Volk diese befreiende Tat der Roten Armee vergessen. Im Gedächtnis kommenden Geschlechter wird es ununterbrochen weiterleben, daß die dritte Österreichische Front unter der Führung ihres ruhmreichen Marschalls Tolbuchin die großzügigen Beschlüsse der Moskauer Konferenz und der Krimkonferenz über die Befreiung Österreichs verwirklicht hat.

Marschall Tolbuchin hat der Regierung die weitgehende Unterstützung der Roten Armee zugesagt.

Die Provisorische Regierung der Republik ist aus einer Vereinbarung aller demokratischen Parteien hervorgegangen. Die führenden Repräsentanten der Sozialistischen Partei, der Österreichischen Volkspartei, der Kommunistischen Partei Österreichs und des demokratischen Flügels des ehemaligen Landvolkes haben feierlich ihre Bereitschaft bekundet, die volle Verantwortung für den Aufbau und das Gelingen des Staates zu übernehmen. Es gibt auf den Trümmern, die Hitlerdeutschland uns hinterlassen hat, keinerlei Opposition, es gibt nur Parteien, die rückhaltlos entschlossen sind, ihre ganze Kraft für die Überwindung der Schwierigkeiten, für die Errichtung und Festigung der Republik einzusetzen. Arbeiter, Bauern und Bürger haben sich zusammengeschlossen, um in gemeinschaftlicher Arbeit die Grundlagen für den künftigen Frieden und das künftige Glück unseres Volkes zu legen.

Die Provisorische Regierung verkörpert in ihrer Zusammensetzung sämtliche schiedlichen und Weltanschauungen des österreichischen Volkes, das in seiner überwältigenden Mehrheit demokratisch empfunden und das nationale Verbrotherum verabscheut. An der Spitze der Regierung steht Dr. Karl Renner, der erste Kanzler der Republik und der letzte demokratische Präsident des österreichischen Parlamentes; es ist dies ein Symbol dafür, daß wir den sogenannten „Anschluß“ nicht anerkennen, daß wir die Zeit der Okkupation als ein rechtswidriges Zwischenspiel betrachten, daß für uns die freie Republik wieder aus den Keimern der deutschen Gewaltherrschaft hervorgeht. Dieses repräsentiert der alte und ehrenwerte christliche Arbeiterführer Kunschak, der in dieser Zeit der österreichischen Entscheidung an die Seite des Kanzlers tritt, die niemals erloschenen Traditionen Österreichs. Neben den Führern der alten Regierungsparteien steht der Sekretär der Kommunistischen

„OPFERMYTHOS“

Verdrängung als Grundlage des Aufbruchs



Die Moskauer Deklaration der Außenminister der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens vom 19. Oktober bis zum 1. November 1943 bildete 1945 gleichzeitig die politische Grundlage für die Wiedererrichtung Österreichs und die Etablierung seines eigenen Opfermythos. Der Kriegsverlauf hatte seit dem militärischen Debakel der deutschen Wehrmacht in Stalingrad eine grundlegende Wendung genommen. Daher sollte in Moskau die Grundlage für die Nachkriegsordnung gelegt werden. In der beschlossenen Deklaration wurde festgehalten, dass die Republik das „erste freie Land“ gewesen sei, das der „typischen Angriffspolitik Hitlers“ zum Opfer gefallen war. Ebenso erinnerten die Alliierten das Land an seine Mitverantwortung am Weltkrieg und forderten es auf, einen Eigenbeitrag zu seiner Befreiung zu leisten – ein Aufruf zum Aufstand, der jedoch fruchtlos blieb. Damit wurde die Wiedererrichtung Österreichs als souveräner Staat in Aussicht gestellt.

Bereits am 4. April 1945 ließ Tolbuchin ein Flugblatt verbreiten, das Bezug auf die Moskauer Deklaration nahm und die Opferthese enthielt. In der zweiten Ausgabe der neuen österreichischen Zeitung *Neues Österreich* am 24. April wies der kommunistische Chefredakteur Ernst Fischer (1899–1972) ebenso die Mitschuld am Krieg zurück. Das österreichische Volk, so Fischer, habe den „räuberischen Hitlerkrieg“ nicht gewollt, sei gewaltsam in die Katastrophe hineingerissen und als Werkzeug missbraucht worden. Gleichzeitig betonte er den österreichischen Widerstand: „In dieser Zeit (= nach der *Niederlage der Hitlerarmee* in Stalingrad) hat das österreichische Volk begonnen, durch passive Resistenz, und mehr und mehr auch durch aktiven Widerstand aus eigener Kraft zu seiner Befreiung beizutragen.“ Auch die ÖVP hob die österreichische Widerstandsleitung hervor und begann im Laufe des Jahres 1945 auch die austrofaschistischen Regierungsjahre als antinazistischen Widerstand in das Narrative zu integrieren.

Drei Tage später, am 27. April 1945, proklamierte die provisorische Regierung die Wiederherstellung und Unabhängigkeit Österreichs als demokratische Republik. Der Autor dieser Erklärung war der Staatskanzler Karl Renner selbst. In dramatischer Rhetorik wird das Land samt seiner Bevölkerung von jeder Mitverantwortung und Schuld freigesprochen. Stattdessen wird es kollektiv zum Opfer stilisiert. Der „Anschluss“ habe Staat und Volk „macht- und willenlos“ gemacht und widerwillig in einen von deutschen „Katastrophenpolitikern“ entfesselten Krieg hineingezogen. Weder die Vertreibung und Ermordung der österreichischen Jüdinnen und Juden noch die Mittäterschaft zahlreicher Österreicher:innen an den NS-Verbrechen werden erwähnt – Einsicht oder Selbstkritik fehlen gänzlich. Dies war das eindeutige Angebot der kollektiven Schuldabwehr an die österreichische Bevölkerung, verbunden mit dem Versprechen eines antifaschistischen Neuanfangs. Erst gegen Ende des Texts wird pflichtbewusst die Moskauer Deklaration zitiert, womit zumindest formell auf die eingeforderte „Verantwortung an der Beteiligung am Kriege“ Bezug genommen wird. Dies war ein Signal an die Westalliierten – jedoch ohne direktes Bekenntnis zum Inhalt der Forderung.

Der Opfermythos wurde durch Denkmäler, Ausstellungen und Publikationen gezielt forciert und zum Fundament des österreichischen Selbstverständnisses gemacht. Das Symbol der gesprengten Ketten wurde dem aus der Ersten Republik übernommenen Bundesadler als Symbol der Befreiung beigefügt. Zentrale Aspekte der eigenen NS-Vergangenheit wurden ausgeblendet: Die breite Zustimmung zum „Anschluss“ 1938, die nachhaltige Identifikation mit den Kriegszielen der deutschen Wehrmacht und das hartnäckige Fortbestehen eines aggressiven Antisemitismus blieben weitgehend unerwähnt. Die Mittäter:innenschaft an den NS-Verbrechen und der Shoah wurde aus der öffentlichen Erinnerung verdrängt – und mit ihr Zehntausende Opfer des NS-Terrors marginalisiert. 1955 sollte auf Drängen des ÖVP-Außenministers Leopold Figl (1902–1965) der Bezug zur Mitverantwortung am Krieg im Staatsvertrag endgültig getilgt werden.

TRÜMMERFRAUEN

Trümmerfrauen sind keine abgrenzbare soziale Gruppe, sondern eine umstrittene Figur der Gedenkpolitik. Bereits im Krieg beteiligten sich Frauen – oft Mitglieder von NS-Organisationen – an der Schutträumung. Systematisch wurden jedoch Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter:innen und KZ-Häftlinge dafür herangezogen. Nach dem Krieg waren Trümmerfrauen häufig zwangsverpflichtete ehemalige Nationalsozialistinnen oder arbeitslose Frauen, die für Lebensmittelkarten Schutt wegräumten. Die oft dargestellte Räumung großer Kriegsschäden per Hand oder lediglich mit Schaufeln war so nicht realistisch.

Die „Trümmerfrau“ war weder in der BRD noch in der DDR oder in Österreich ein Massenphänomen. Erst in den 1960er- und 1970er-Jahren wurde sie zur Gedenkfigur und sowohl mit dem österreichischen Opfermythos als auch mit dem erfolgreichen Wiederaufbau romantisiert. Die harten Lebensrealitäten Hunderttausender Österreicherinnen dürfen durch die Debatten über die „Trümmerfrauen“ nicht verdeckt werden – sexuelle Gewalt, Benachteiligung gegenüber Männern, schwere Arbeit und der tägliche Überlebenskampf in der Mangelwirtschaft der Nachkriegszeit.



Im Jahr 1951 erhoben ehemalige Nationalsozialistinnen bei der Stadt Wien Anspruch auf Entschädigung für solche Zwangsmaßnahmen. Zinsen, Feiertags- und Sonntagszuschläge mussten ersetzt werden. *Quelle: Erik Eybl*



Es gab Streit in der SPÖ, wie zu entnazifizieren sei. Die Verrechtlichung setzte sich durch, Milde gegenüber Mitläufer:innen und „kleinen Leuten“ ebenso. Ein Plakat aus dem Jahr 1945. *Quelle: Erik Eybl*



Die KPÖ fühlte sich im Machtkampf gegen die „Präsidialdiktatur“ (KPÖ-Terminus) Karl Renners als Verliererin. Renners Argument der Verrechtlichung der Sühnemaßnahmen wurde bei der Wahl 1945 als zu viel „milde“ ausgelegt. *Quelle: Erik Eybl*

„ENTNAZIFIZIERUNG“

Schuld, Sühne und Verdrängung



Bei der alliierten Konferenz in Jalta vom 4. bis zum 11. Februar 1945 wurde festgelegt: „Wir sind entschlossen, die nationalsozialistische Partei, die nationalsozialistischen Gesetze, Organisationen und Einrichtungen zu beseitigen, alle nationalsozialistischen und militärischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten.“ Die sogenannte „Entnazifizierung“ diente zunächst der militärischen Sicherheit. Zunächst, bis Juni 1945, wurden hauptsächlich Internierungen von Nazi-Führern und hohen Funktionär:innen durch die Alliierten vorgenommen. Auch die Regierung Renner IV betonte von Anfang an die Notwendigkeit einer politischen Abrechnung mit dem Nationalsozialismus.

Am 8. Mai wurde das Verfassungsgesetz über das Verbot der NSDAP und ihrer angeschlossenen Organisationen erlassen. Gleichzeitig trat eine Registrierungspflicht für jene in Kraft, die zwischen 1933 und 1945 Mitglieder der NSDAP oder ihrer Wehrverbände gewesen waren. Im Laufe der Zeit sollten bis zu 540.000 Personen registriert werden, davon galten 98.330 als „Illegale“, die bereits zurzeit des Verbots der NSDAP (Juli 1933 bis März 1938) in Österreich Parteimitglieder gewesen waren. Diese wurden zusätzlich von den Volksgerichten als „Hochverräter“ verfolgt.¹ Auch jene, die einen Antrag auf Mitgliedschaft bei der NSDAP gestellt hatten, mussten sich Entnazifizierungskommissionen der jeweiligen Gemeinde registrieren lassen. Die Listen wurden später für die Bevölkerung öffentlich zugänglich gemacht. Den Registrierten wurde das Wahlrecht für die kommende Nationalratswahl entzogen. Es kam zu Säuberungen im öffentlichen Dienst. „Belastete“ waren aktive Nationalsozialist:innen und Funktionär:innen des Regimes. Sie machten rund 10 % der Registrierten aus. Bis auf wenige Ausnahmen waren alle 540.000 Registrierten „sühnepflichtig“. Am 26. Juni 1945 folgte ein Verfassungsgesetz über Kriegsverbrechen und andere nationalsozialistische Untaten. Von Juni 1945 bis Februar 1946 wurde die Entnazifizierung (zum Teil konsequent) parallel von der österreichischen Regierung und den Alliierten in den jeweiligen Besatzungszonen durchgeführt – allerdings nach unterschiedlichen Maßstäben. Die sowjetische Besatzungsmacht war in Bezug auf die Entnazifizierungspolitik widersprüchlich. Zum einen forderte sie radikale Lösungen der „Nazi-Frage“ und übte Willkür. Zum anderen wurden Amnestien ausgesprochen, und man suchte pragmatische Lösungen für einfache NSDAP-Mitglieder. Die amerikanische Besatzungsmacht hatte klare Pläne zur Umerziehung und betrieb zunächst eine konsequente Entnazifizierungspolitik. Im Februar 1946 wurde der österreichischen Regierung die Entnazifizierungskompetenz für das ganze Land übertragen.

Sofort entbrannten innerhalb und zwischen den politischen Parteien heftige Debatten darüber, ob streng oder milde vorzugehen sei. War zwischen Schwer- und Minderbelasteten, zwischen Täter:innen und Mitläufer:innen zu unterscheiden – oder nicht? Ebenso wurde darüber gestritten, ob einer „wilden“ Entnazifizierung – „dem gesunden, reinigenden Strom des Volkszorns“ (Ernst Fischer, KPÖ) – Raum gelassen werden sollte. Auch das Spannungsfeld zwischen notwendiger Sühne für begangene Verbrechen und der Gefahr einer tiefen Spaltung der neuen Gesellschaft durch den Ausschluss großer Bevölkerungsteile war umstritten. Im August 1945 begann der erste Volksgerichtsprozess gegen Konrad Polikovsky (8 Jahre), Rudolf Kronberger, Wilhelm Neunteufel, Alois Frank (3 Todesurteile) wegen der Ermordung von 102 Juden und Jüdinnen während des Marsches vom KZ Petržalka nach Deutsch-Altenburg im März 1945. Der SA-Mann Kronberger wollte sich bei der Widerstandsgruppe O5 weißwaschen, indem er seine ehemaligen Nazi-Freunde denunzierte. Er verstrickte sich jedoch in Widersprüche. Von den bis 1950 gefällten 23.477 Volksgerichtsurteilen waren 13.607 Schuldsprüche.

¹ Zahlen nach Dokumentationsarchiv der österreichischen Widerstandes, doew.at

BEFREIUNG WIENS

Der aus Wien stammende Offizier der deutschen Wehrmacht, Carl Szokoll, war mit der Ausarbeitung des Verteidigungsplans beauftragt. Er war Teil des militärischen Widerstands und hatte Kontakt zur Widerstandsgruppe O5. In der „Operation Radetzky“ erleichterte Szokoll der „Roten Armee“ den Zugang über den Westen. Er gruppierte vier SS-Divisionen bewusst falsch und vereinbarte mit dem militärischen Widerstand, eine Lücke im Verteidigungsring zu öffnen. All das sollte den Kampf um Wien abkürzen und die Zerstörungen der Stadt reduzieren. Die Rote Armee wurde in Hochwolkersdorf über die Operation informiert, zwei Tage bevor Karl Renner dort eintraf. Szokolls Plan wurde am 5. April verraten und konnte nur zum Teil seine Wirkung entfalten.

Am 6. April wurde der so genannte „Nero“-Befehl „Wien, rechts der Donau“ ausgegeben – damit wurde die Zerstörung aller kriegswichtigen Anlagen und Einrichtungen rechts des Donaukanals befohlen.



↑↑ Rotarmisten feiern auf dem Dach der neuen Hofburg mit Blick auf das Rathaus, April 1945.

↑ Jüdische Flüchtlinge aus Osteuropa warten 1946 im Rothschild-Spital in Wien auf die ärztliche Untersuchung. *Quellen: ÖNB*

↓ Ein Fahngruß im „Jungfranzosenlager“ in Wiener Neustadt 1944. *Quelle: Albin Windbichler*



DISPLACED/HEIMATLOS

Verschleppt, vertrieben, geflohen



Der Zweite Weltkrieg zerstörte die Heimat von Millionen Europäer:innen, 30 Millionen waren auf der Flucht. Im Mai 1945 befanden sich auf österreichischem Territorium fast 1,65 Millionen Displaced Persons (DPs) – rund 27 % der Bevölkerung. Seit 1943 wurden als DPs Zivilpersonen bezeichnet, die sich kriegsbedingt außerhalb ihres Heimatstaates aufhielten und dorthin nicht selbstständig zurückkehren konnten oder sich anderswo ansiedeln wollten. Dazu gehörten in Österreich vor allem Zwangs- und Fremdarbeiter:innen, Befreite aus den Konzentrationslagern, darunter jüdische Shoah-Überlebende (z. B. 25.000 Befreite im KZ Mauthausen), Kriegsgefangene sowie zu Kriegsende vor der Roten Armee geflohene ideologische Gegner:innen der Sowjetunion und NS-Kollaborateur:innen. Im Jahr 1945 befanden sich rund 250.000 bis 300.000 Jüdinnen und Juden, die die Shoah überlebten, in Österreich. 1946 kamen rund 100.000 Flüchtende aus Polen und 1947 rund 30.000 aus Rumänien hinzu, die ihre Heimat aufgrund schwerer Pogrome verließen.

1945 waren ebenso 660.000 nicht-österreichische Deutschsprachige im Land, darunter 260.000 „Reichsdeutsche“ (deutsche Staatsbürger) und 400.000 vertriebene „Volksdeutsche“ aus Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei. Nach der deutschen Kapitulation wurden viele von ihnen als Folge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und Kriegsverbrechen aus Ost- und Südosteuropa vertrieben. Als Grundlage dazu zählten die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz.

Die österreichische Regierung begegnete dieser massiven Migrationsbewegung äußerst restriktiv. Gründe waren die prekäre Versorgungslage mit drohender Hungersnot, mangelnde Verwaltungs- und Sicherheitsstrukturen sowie bestehende Ressentiments. KPÖ-Staatssekretär Franz Honner (1893–1964) wollte mit Rückendeckung der Regierung die „Masseninvasion von Flüchtlingen“¹ durch Abfangen an den Grenzen oder – sofern verkehrstechnisch möglich – schnelle Durchschleusung eindämmen. Mit wachsendem Ernährungsnotstand wuchsen 1946 Ausländer- und Judenfeindlichkeit. So war der Antisemitismus als Versatzstück politischer Ideologie durch den Nationalsozialismus 1945 zwar in Verruf geraten, aber seine Feindbilder waren jederzeit abrufbar. Ein Beispiel: Im August 1947 ersetzte die amerikanische Verwaltung die Frischmilchrationen für Kleinkinder durch Trockenmilch. Daraufhin kam es am 20. August vor dem Bad Ischler Rathaus zu einer „spontanen“ Demonstration von Frauen und Müttern, die jedoch maßgeblich von der lokalen KPÖ organisiert war. Im Zuge der Demonstration kam es dann zu antisemitischen Aufrufen und Handlungen.

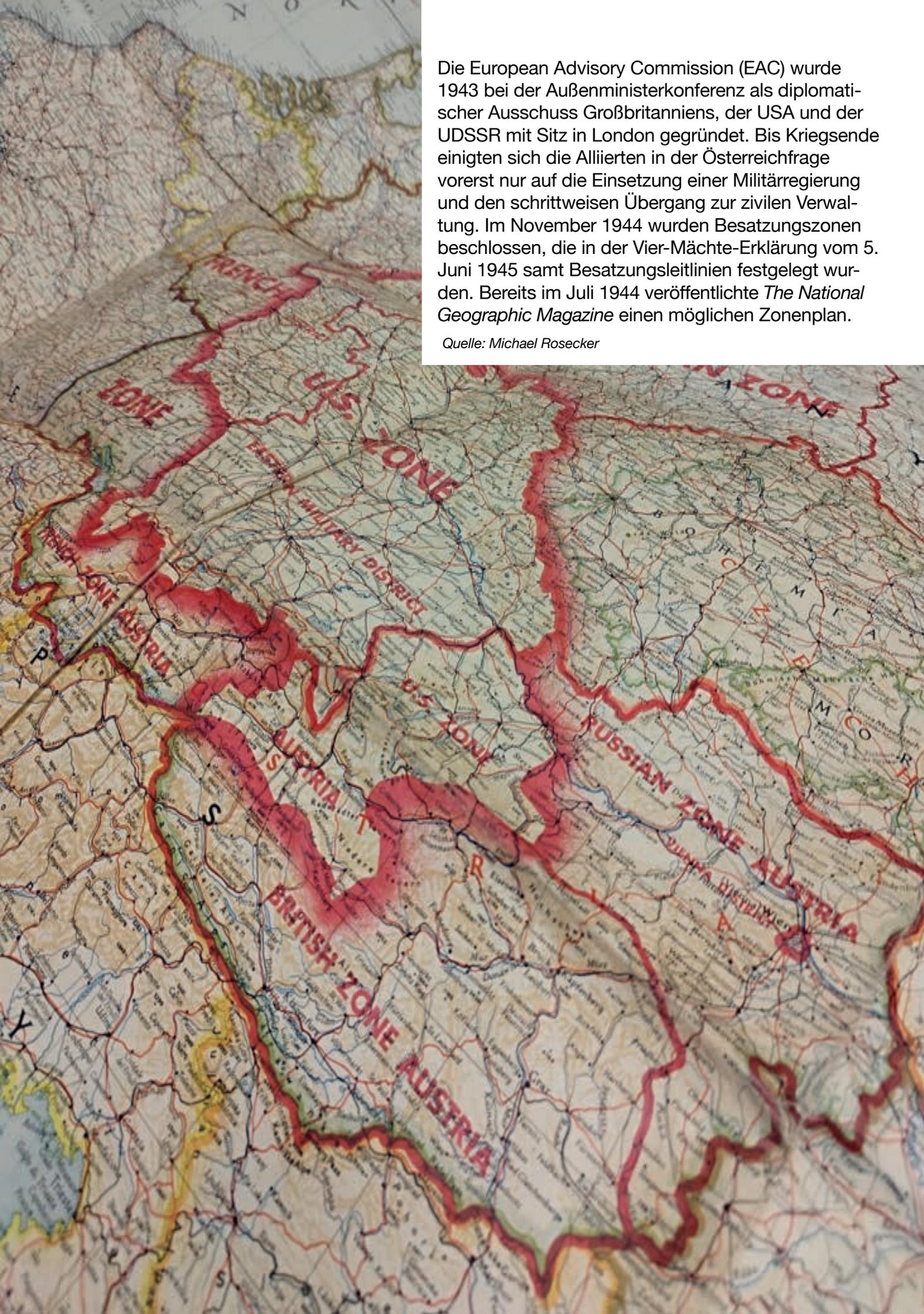
Den Hunderttausenden nicht-österreichischen Deutschsprachigen hingegen wollte die Regierung die Einreise mit dem Vorwurf erschweren, sie seien generell „faschistische Elemente“.

Die Gesamtsituation war chaotisch, die Unterscheidung der Gruppen von DPs kompliziert, wie das Beispiel Wiener Neustadt zeigt. Unter den zu Kriegsende dort anwesenden französischen „Zwangsarbeitern“ waren Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge und verpflichtete sowie freiwillige Arbeitskräfte. Die Lage in der völlig zerstörten und hungernden Stadt war im Mai 1945 besonders herausfordernd. Den nur noch 8.000 Stadtbewohner:innen standen 16.000 „zur Durchreise im Aufenthalte befindliche Ausländer“ (Zwangsarbeiter:innen, KZ-Häftlinge und Kollaborateur:innen) gegenüber.

1 Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945.

Die European Advisory Commission (EAC) wurde 1943 bei der Außenministerkonferenz als diplomatischer Ausschuss Großbritanniens, der USA und der UDSSR mit Sitz in London gegründet. Bis Kriegsende einigten sich die Alliierten in der Österreichfrage vorerst nur auf die Einsetzung einer Militärregierung und den schrittweisen Übergang zur zivilen Verwaltung. Im November 1944 wurden Besatzungszonen beschlossen, die in der Vier-Mächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 samt Besatzungsleitlinien festgelegt wurden. Bereits im Juli 1944 veröffentlichte *The National Geographic Magazine* einen möglichen Zonenplan.

Quelle: Michael Rosecker



Die „Anschlussfrage“ blieb eine ständige Begleiterin der Ersten Republik. Ein eigenständiger österreichischer Nationsbegriff war lange eine Randerscheinung. Erst 1937 wurde er – nahezu gleichzeitig – vom antirepublikanischen-katholischen, aber demokratischen Soziologen Ernst Karl Winter (1895–1952)¹ und vom kommunistischen Staatswissenschaftler Alfred Klahr (1904–1944)² formuliert. Bis 1945 blieben diese Ideen wenig wirkmächtig.

Die österreichische Sozialdemokratie verkörperte zwar die demokratische Republik, stand dem Österreich-Begriff jedoch distanziert gegenüber – zum Teil auch noch 1945. In Deutschland und Österreich pflegten SPD und SDAP einen teils romantisch anmutenden Nationsbegriff, der sich auf gesamtdeutsche Sprache, Kultur und Geschichte berief. Das Ziel der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei war es bis zur „Machtergreifung“ Hitlers 1933, Teil einer modernen, revolutionären deutschen Republik zu sein. Das austrofaschistische Regime entwickelte ab 1933 einen Österreich-Begriff – als Gegenmodell zu NS-Deutschland. Man verstand sich dabei als der bessere, kultiviertere deutsche Staat: eine Mischung aus katholisch-autoritärer Ständeordnung, altväterlicher Bevormundung und einem Staatsverständnis im habsburgischen Stil des Barock. Die KPÖ war bis 1933 nur für den „Anschluss“ an ein „Sowjetdeutschland“, also ein Deutschland nach der Revolution. Ab 1936 vertrat sie in Übereinstimmung mit der Kommunistischen Internationale und Stalins Nationsbegriff den Kampf um die „nationale Selbständigkeit Österreichs“. Die eindeutige Abgrenzung vom Austrofaschismus und vom Nationalsozialismus war das Ziel, genauso wie die Mobilisierung nationaler Emotionen für den politischen Widerstand.

Nach 1945 waren gesamtdeutsche Vorstellungen in Österreich diskreditiert und politisch unerwünscht. Die ÖVP griff – in demokratisierter und antideutscher Form – auf Elemente des austrofaschistischen Österreich-Narrativs zurück. Damit bediente sie den entstehenden Opfermythos: Ein eigenständiges Österreich konnte nicht schuld am Krieg gewesen sein. Auch die KPÖ übernahm dieses Narrativ und stellte den antifaschistischen Widerstand in den Mittelpunkt. Karl Renner hingegen betonte immer wieder die Mitschuld Österreichs am Krieg. Diese Haltung wurde ihm vielfach als „großdeutsch“ ausgelegt. Der Ablöseprozess von der gemeinsamen Geschichte im deutschen Sprachraum konnte dennoch unmittelbar nach dem Kriegsende nicht sofort vollzogen werden. Schließlich war in der Ersten Republik die These, dass Österreich ein zweiter deutscher Staat sei, weitgehend unbestritten. Die Bindungskraft und Identitätsstiftung der „alten“ politischen Lager wirkten 1945 stärker als die nationale Identität. Dass der österreichische Reisepass und die Gendarmerieuniformen nach dem Krieg bewusst so aussahen wie vor 1938, bediente eher Gefühle der Reminiszenz als des Nationalstolzes.

Die in der Zweiten Republik durchgeführte Meinungsforschung zur Frage der österreichischen Nation zeigte deutlich, wie schwierig es in Österreich war, Staat, Volk und Nation zusammenzudenken. Noch 1956 waren 46 % aller Österreicher:innen der Meinung, sie gehörten zum „deutschen Volk“, nur 49 % bekannten sich damals zu einer österreichischen Nation. 1967 stieg zwar die Zustimmung kaum, aber die Verneinung sank stark auf 15 % ab. Dann ging es rasant bergauf: 1980 bekannten sich bereits 67 % zu Österreich als Nation.³

1 Ernst Karl Winter, Der österreichische Mensch, Vortrag gehalten im Wiener Kulturklub am 27.4.1936. In: Wiener politische Blätter, 4. Jg./1936, 5/6.

2 Alfred Klahr, Zur nationalen Frage in Österreich. In: Weg und Ziel, Nr. 3 und 4 1937.

3 Emil Brix, Der lange Marsch nach Rot-weiß-rot. In: *Die Furche*, 10.7.1987, 1.

JOSEF STALIN

Sein Herrschaftssystem war von Anfang an durch unbeschreiblichen Terror gekennzeichnet. Dieser richtete sich meist gegen die eigene Bevölkerung. Ob durch Exekutionen, Arbeitslager, Verschleppungen in Strafkolonien oder politisch motivierte Hungersnöte – die Opfer seiner Politik gehen in die Millionen.

Schon vor dem Zweiten Weltkrieg baute Stalin die sowjetische Gesellschaft radikal um – mit brutaler Ausbeutung von Menschen und Ressourcen. Diese Transformation und Stalins Herrschaftssystem waren auch der Grund dafür, dass die Sowjetunion dem 1941 von NS-Deutschland begonnenen Vernichtungskrieg – getragen von imperialistischer Machtpolitik, wirtschaftlichen Interessen und Rassenideologie – standhalten konnte. So leistete sie einen entscheidenden Beitrag zur Befreiung vom Nationalsozialismus. Rund 10 Millionen militärische und 12 Millionen zivile Opfer hatte die Sowjetunion zu beklagen.

Schließlich prägte Stalins Politik nach dem Sieg über das „Dritte Reich“ maßgeblich die Spaltung Europas und zwang dessen östlichen Ländern das sowjetische Regime auf.



↑ Die ÖVP stellte eine positive Zukunft des Landes und das rote „Schreckgespenst“ ins Zentrum ihrer Kampagne. *Quellen: Erik Eybl*

↓ Die SPÖ nahm im Wahlkampf 1945 Bezug auf den blutigen Februar 1934. *Quelle: Erik Eybl*

DAS WAR DER ANFANG FEBRUAR 1934

Geschütze gegen den Karl-Marx-Hof



Kanonen schießen



auf Wohnbauten



Arbeiterwohnung durch Beschuß zerstört!

Die Zertrümmerung der Demokratie in Oesterreich war der Weg zum Hitlerfaschismus und Krieg!

Der Ottakringer Arbeiterheim



In Brand geschundene Arbeiterhäuser

Wohnung im Goethehof



für Freiheit, Gerechtigkeit, Friede, Demokratie und Sozialismus!

Ing. Weizel und viele unserer Besten starben



Darum Deine Stimme der Sozialistischen Partei Österr.

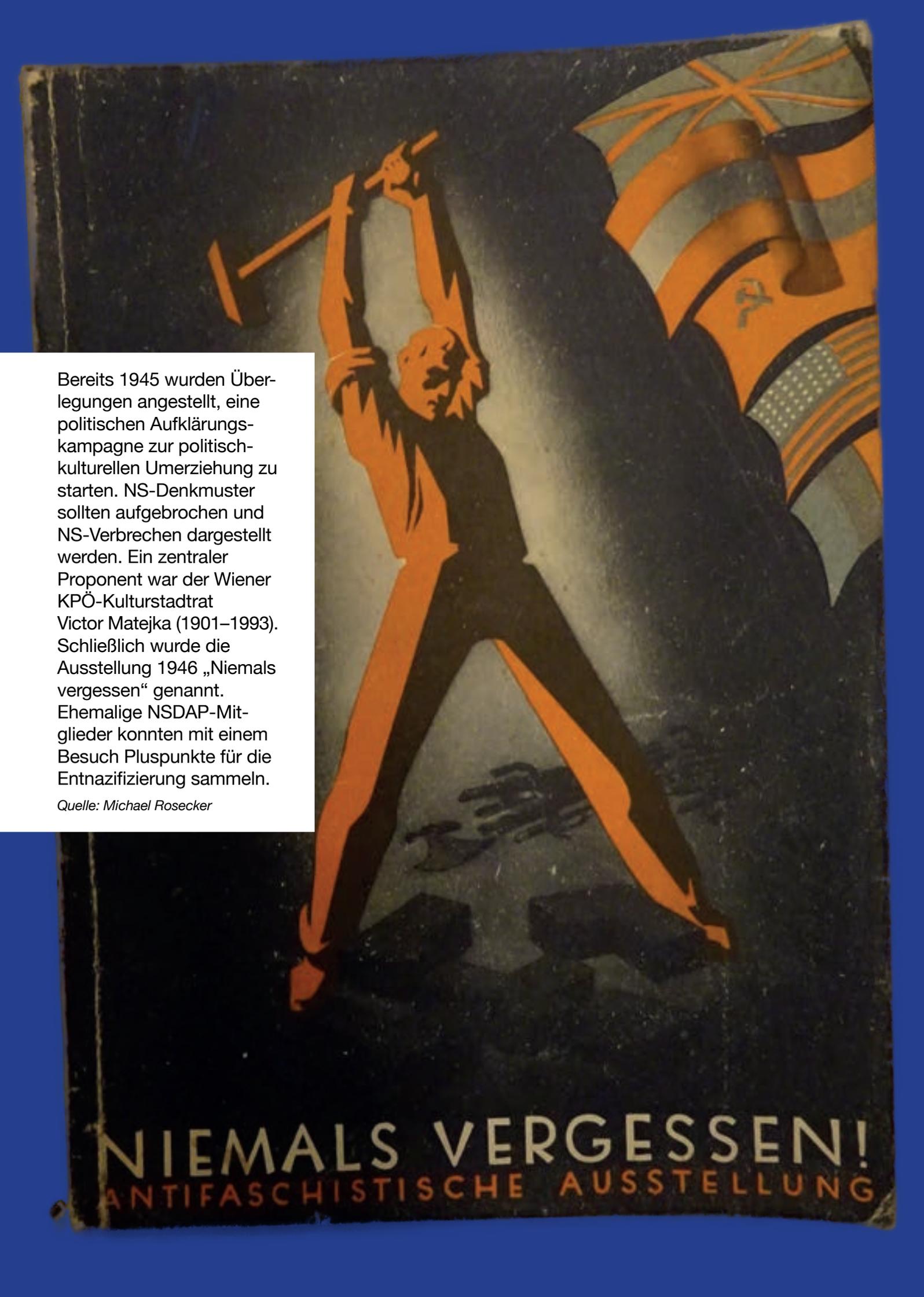
Am Anfang der Republik standen im Jahr 1945 – wie auch 1918 – die traditionellen Parteien, die sich im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert formierten. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (gegründet 1888/89) wurde am 14. April unter dem Namen Sozialistische Partei Österreichs wiedergegründet, und die Christlichsoziale Partei (gegründet 1891) wurde am 17. April als Österreichische Volkspartei neu gegründet. Die Kommunistische Partei Österreichs (gegr. 1918) erlangte in der Ersten Republik kaum Bedeutung. 1945 glaubte sie, aufgrund ihrer Leistungen im Widerstand und unter sowjetischer Patronanz würde sich dies ändern. Es gab Versuche, SPÖ und KPÖ für die Nationalratswahl im November 1945 als einheitliche Volksfront-Liste antreten zu lassen, um die Arbeiter:innenbewegung in einer Partei zu einen. Karl Renner war einer derjenigen, die dies massiv bekämpften und verhinderten. Er war der Meinung, dass – anders als in der Ersten Republik – dann nicht die Sozialdemokratie, sondern die KPÖ den Ton angeben würde.

Für die SPÖ waren die Zerstörung der Demokratie und die Niederschlagung des Februaraufstands 1934 Teil der eigenen Identität – 1945 war dieses Thema keineswegs „abgeschlossen“. In den Vorstandsprotokollen der SPÖ tauchte 1945 mehrfach der Tagesordnungspunkt „Abrechnung 1934“ auf. Dies hatte eine doppelte Bedeutung: Einerseits ging es um die politische Verantwortung für den Austrofaschismus, andererseits um die Restitution des 1934 enteigneten Vermögens der Partei, der Gewerkschaften und der Genossenschaften. Dies prägte auch das Faschismusverständnis der SPÖ. Der „schwarze“ Faschismus (Austrofaschismus) wurde in einem historischen Zusammenhang mit dem „braunen“ Faschismus (Nationalsozialismus) gesehen – die SPÖ sah sich selbst als doppeltes Opfer. In der Folge wurde die Rückstellung jüdischer Vermögen mit der Rückgabe des Parteivermögens verknüpft, was die Entschädigung jüdischer NS-Opfer und die Rückstellung jüdischen Eigentums nachteilig beeinflusste. ÖVP-Bundeskanzler Leopold Figl forderte 1946: „Schauen wir nicht mehr nach rückwärts, sondern nur noch vorwärts [...] Machen wir Schluss mit den Schlagworten von Austromarxismus und Austrofaschismus, die uns heute nichts mehr sagen.“ Die SPÖ sah das anders.

Ein entscheidender Moment für die Zweite Republik waren die gesamtösterreichischen Nationalratswahlen am 25. November 1945. Das Ergebnis war eindeutig. Die ÖVP mit Leopold Figl an der Spitze errang 49,8 %. Somit die absolute Mandatsmehrheit. Die SPÖ lag 5,2 % dahinter. Die KPÖ blieb weit unter den Erwartungen. Im Vorfeld der Wahl war oft von bis zu 20 % die Rede. Die Besatzungsmacht und die Partei selbst waren enttäuscht. Das schlechte kommunistische Ergebnis wurde zum Teil auch Karl Renners Politik zugeschoben, man fühlte sich hinters Licht geführt. Die neue Regierung Figl I wurde eine drei Parteien-Regierung mit stark reduzierter Beteiligung der KPÖ. Karl Renner wurde am 20. Dezember 1945 von der nun demokratisch legitimierten Bundesversammlung zum Bundespräsidenten der Republik Österreich gewählt.

Im November 1945 beschrieb Karl Renner seine Rolle als Staatskanzler im Umgang mit den Besatzungsmächten als die „eines Mannes in einem kleinen Ruderboot mit vier Elefanten als Passagiere“. Der *Manchester Guardian* meinte dazu: „Der Humor Dr. Renners hat etwa 70 Jahre mitteleuropäische Politik überlebt.“¹ Die Stärke der Besatzungstruppen belief sich Ende 1945 in Summe auf 850.000 Mann. Ein ikonisches Bild für die Lage Österreichs bis zum Staatsvertrag 1955 war geprägt.

¹ Linzer Volksblatt, 6.1.1945, 1.



Bereits 1945 wurden Überlegungen angestellt, eine politischen Aufklärungskampagne zur politisch-kulturellen Umerziehung zu starten. NS-Denkmuster sollten aufgebrochen und NS-Verbrechen dargestellt werden. Ein zentraler Proponent war der Wiener KPÖ-Kulturstadtrat Victor Matejka (1901–1993). Schließlich wurde die Ausstellung 1946 „Niemals vergessen“ genannt. Ehemalige NSDAP-Mitglieder konnten mit einem Besuch Pluspunkte für die Entnazifizierung sammeln.

Quelle: Michael Rosecker

NIEMALS VERGESSEN!
ANTIFASCHISTISCHE AUSSTELLUNG

Literaturliste

Eine Auswahl



Rudolf G. Ardelt, Das „Problem“ Friedrich Adler. In: Helmut Konrad (Hg.), Sozialdemokratie und „Anschluß“. Historische Wurzeln. Anschluß 1918 und 1938, Wien-München-Zürich 1978, 71–87.

Ernst Bruckmüller, Die Entwicklung des Österreichbewusstseins. In: Robert Kriechbaumer (Hg.), Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, Band 1, Wien-Köln-Weimar 1998, 369–396.

Hellmut Butterweck, Der unsägliche Nebensatz. In: *Wiener Zeitung*, 28.04.2020, 2.

Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs: Zweite Republik, Manz 1997.

Nikolai Eplée, Die unangenehme Vergangenheit. Vom Umgang mit Staatsverbrechen in Russland und anderswo, Frankfurt am Main 2023.

Richard Hufschmied, „Ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und sonstige Bestrittenheit oder Unbestrittenheit“. Die (un)endliche Geschichte von Karl Renners Museum der Ersten und Zweiten Republik (1946–1998). In: Dirk Rupnow/Heidmarie Uhl (Hg.), Zeitgeschichte ausstellen. Museen – Gedenkstätten – Ausstellungen, Wien 2011.

Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Beiträge, Graz-Wien-München 2005.

Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx/Alexander Tschubarjan (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente, Graz-Wien-München 2005.

Stefan Karner/Peter Ruggenthaler, Die Renner-Stalin-Brief. Eine Dokumentation, Gloggnitz 2016.

Ian Kershaw, Höllensturz. Europa 1914 bis 1949, Berlin 2016.

Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen. Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1953 über die Entschädigung der Juden, Wien-Köln-Weimar 2000.

Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaler (Hg.), ... der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik, Wien 2008.

Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischen Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Oldenbourg 2005.

Maria Mesner/Margit Reiter/Theodor Venus, Enteignung und Rückgabe. Das sozialdemokratische Parteivermögen in Österreich 1934 und nach 1945, Innsbruck-Wien-Bozen 2007.

Wolfgang Müller: Stalin, Renner und die Wiedergeburt Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 1/2006, S. 125–154

Wolfgang Neugebauer, Der österreichische Widerstand 1938–1945, Klagenfurt 2003.

Alfred Noll: Das Fundament der Zweiten Republik. In: *Wiener Zeitung*, 25.04.2020.

Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik, Innsbruck 2011.

Manfried Rauchensteiner, Unter Beobachtung. Österreich seit 1918, Wien-Köln-Weimar 2017.

Michael Rosecker, Karl Renner, ein republikanisches Fundament, Wien 2020.

Timothy Snyder, Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, München 2011.

Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien-München-Zürich 1981.

Gerald Stourzh/Wolfgang Mueller, Der Kampf um den Staatsvertrag 1945–1955. Ost-West-Besetzung, Staatsvertrag und Neutralität Österreichs, Wien 2020.

Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur, 1933–1938 (LIT 2005)

Heidmarie Uhl, Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Heft 1/2001.

Martin Zellhofer, Die NS-Morde und Standgerichtsfälle in Schwarzaun im Gebirge und Umgebung im April/Mai 1945 im Lichte des Volksgerichtsverfahrens 1945–1948, Diplomarbeit, Wien 2008.

Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, Band 1–3, Wien 1999.

Vorstandsprotokolle der Sozialistischen Partei Österreichs, April bis Dezember 1945.

Stenographisches Protokoll der Eröffnungssitzung des Nationalrates der Republik Österreich, am 19.12.1945.

Anreise mit dem PKW/Autobus:

Semmering-Schnellstraße (S6) Abfahrt Gloggnitz, erste Verkehrsampel rechts abbiegen, nach 1 km links abbiegen und dann den Hinweisschildern folgen.

Mit der Bahn:

Südbahn Station Gloggnitz, von dort ca. 10 Minuten Fußweg zum Museum.

Mit dem Fahrrad:

Gloggnitz ist über die Schwarzatal Radroute mit dem EuroVelo 9 ab Lanzenkirchen verbunden (ca. 27 km).



Karl-Renner-Museum
Rennergasse 2
2640 Gloggnitz

Tel.: +43 (0) 2662 / 424 98
office@rennermuseum.at
rennermuseum.at

Sie finden uns auch auf

